

zum Thema

Bildung für Hamburg

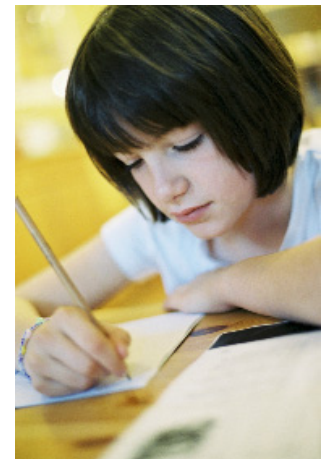


Schwarz-Grüne Schulreformen: Risiken für Hamburgs Schülerinnen und Schüler

In den nächsten Wochen und Monaten sollen Weichen für eine Schulreform gestellt werden. Laut schwarz-grünem Koalitionsvertrag wird die sogenannte Primarschule eingeführt, das heißt alle Kinder besuchen bis zur 6. Klasse eine gemeinsame Schule. Weiterführende Schulen ab Klasse 7 sollen dann das Gymnasium und die Stadtteilschule sein.

Der schulpolitische Sprecher der SPD Bürgerschaftsfraktion Ties Rabe dazu: "Die Risiken und Probleme bei der Einführung der Primarschule werden von der Schulbehörde verschwiegen. Stattdessen werden Lehrer, Eltern und Schüler falsch informiert. So wird der Eindruck erweckt, wissenschaftliche Untersuchungen sowie andere Länder würden die Vorteile der Primarschule beweisen. Das ist eine bewusste Täuschung. Es gibt überhaupt keine wissenschaftliche Untersuchung, die die Vorteile der Primarschule erwiesen hätte. Und die Nachbarländer haben andere Schulsysteme. Zudem haben Wissenschaftler und Schulexperten noch vor zwei Jahren die Idee der Primarschule im Rahmen der Enquete-Kommission der Hamburger Bürgerschaft zu den Akten gelegt. Die heutige Schulsenatorin Christa Goetsch war damals selbst nicht dafür."

Gleichzeitig soll das Elternwahlrecht abgeschafft werden. Das heißt, Eltern sollen künftig bei der Wahl der weiterführenden Schule kein Mitspracherecht mehr haben.



Herausgeber:

Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Agnes Hiller
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
Email: oeffentlichkeitsarbeit@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de



Derzeit tagen sogenannte "regionale Schulkonferenzen" (RSK) in denen Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler die Reformen begleiten und Vorschläge erarbeiten sollen. Doch bisher geht es dort vorrangig um die räumliche Verschiebung von Schulklassen. So sollen die Klassen 5 und 6 von den weiterführenden Schulen in die Grundschulen, später Primarschulen, verlagert werden. Zudem sollen Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen zu neuen Stadtteilschulen mit einer eigenen Oberstufe zusammengeführt werden. Bei der Suche nach Lösungen werden die Mitglieder von der Behörde gedrängt, möglichst „preiswerte“ Lösungen ohne Neubauten zu akzeptieren. Im Ergebnis werden daher die Primarschulen künftig häufig zwei unterschiedlichen Standorten haben. Dabei wird deutlich: Hier steht nicht das Wohl der Kinder im Mittelpunkt, sondern das Budget der Schulbehörde.

Den Vorschlägen von Senatorin Goetsch, die Klasse 1 bis 3 und 4 bis 6 der geplanten Primarschulen auf zwei Standorte zu verteilen, erteilt Ties Rabe eine klare Absage: "Wir brauchen keine Patchwork-Schulen. Es ist unsinnig, wenn Schüler zukünftig gleich zweimal die Schule wechseln müssen. Das wäre eine klare Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation. Wenn der Platz nicht ausreicht, muss die Behörde vor Ort neue Räume schaffen, statt Schüler und Lehrer auf Wanderung zu schicken. Das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ muss auch für die Primarschule gelten."

Die wesentlichen Fragen aus Sicht der SPD-Fraktion:

- o Wie soll der Unterricht verbessert werden?
- o Wie sollen Kinder aus bildungsfernen Familien gefördert werden?
- o Wie sollen Kinder aus Zuwandererfamilien gefördert werden?
- o Wie werden die besonderen Angebote der weiterführenden Schulen weiterentwickelt?

Diese Fragen haben eine erhebliche Bedeutung für die Qualität unseres Schulsystems.

Ties Rabe: "Wir sind für individualisiertes Lernen entsprechend der unterschiedlichen Begabungen, besondere Angebote für Kinder aus Einwandererfamilien, für Risikoschüler oder auch für Hochbegabte. Wir fordern zudem, dass das bisherige Unterrichtsangebot der weiterführenden Schulen in den Klassen 5 und 6 nicht eingeschränkt, sondern verbessert wird. Die Schulbehörde scheint nicht einmal darüber nachgedacht zu haben, wie das geschehen kann. Es besteht die große Gefahr, dass die bisherigen Angebote in den Klassen 5 und 6 beispielsweise in den Bereichen Musik, Sport, humanistische Bildung oder Fremdsprachen schlicht unter die Räder kommen."

Risiken der Schulreformen

Reformen dürfen nicht um ihrer selbst willen durchgeführt werden. Die SPD-Fraktion warnt:

1. Um Geld für Neubauten zu sparen, schlug Senatorin Goetsch vor, die Klasse 1 bis 3 und 4 bis 6 der geplanten Primarschulen auf zwei Standorte zu verteilen. Dies allerdings bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation: Ist die Primarschule an zwei unterschiedlichen Standorten, wird den Kindern ein zusätzlicher Wechsel (nach Klasse 3) zugemutet.
2. Erfolgreiche Langformschulen sollen im Zuge der Reform unter die Räder kommen. In

der Verbindung mit Stadtteilschulen halten wir sie dagegen für einen richtigen Weg, um die Zersplitterung des Hamburger Schulsystems zu verringern (siehe S.6).

3. Zu wenig Kraft wird in die Entwicklung der Stadtteilschulen gesteckt. Doch gerade diese sind wichtig für die Reduzierung des Schulabgängeranteils ohne Abschluss. Deshalb sind wir gegen die Pläne der Koalition, die Einführung der Stadtteilschule um ein Jahr zu verschieben.

4. Die Wahl der Primarschule darf nicht zur Vorentscheidung über die weiterführende Schule werden. Deshalb sollen die Primarschulen im Kern ein gleichwertiges Angebot bieten. Primarschulen dürfen daher nicht an Gymnasien angegliedert werden. Damit würde die Trennung der Schülerschaft schon in die Grundschule verlagert werden. Das Schulsystem darf im Grund- bzw. Primarschulbereich nicht zersplittert werden.

Allgemein scheint zu viel Kraft in Strukturveränderungen gesteckt zu werden und zu wenig in inhaltliche Verbesserung des Unterrichts.

Anforderungen an die Schulreformen:

Schulreformen müssen zu einem besseren Schulsystem führen. Die SPD-Fraktion fordert daher:

1. Die Zahl der Risikoschüler muss deutlich verringert werden. Wir fordern im ersten Schritt eine Halbierung der Schulabbrecher-Quote (im Schuljahr 2006/2007 verließen 11,09 % der Schülerinnen und Schüler in Hamburg die Schule¹ ohne Abschluss).

2. Leistungsstarke müssen besser gefördert werden:

Die Zahl der Abiturienten muss deutlich erhöht werden! Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler werden zu wenig gefördert - auch das zeigt uns die PISA-Studie für Hamburg.

3. Profilangebote ab Klasse 5, wie sie zurzeit an vielen weiterführenden Schulen existieren (z.B. Musikförderung, Sportförderung, altsprachliche Bildung oder bilinguale Angebote an vielen Schulen), müssen erhalten bleiben oder adäquat ersetzt werden.

Der Fremdsprachenunterricht in den Klassen 5 (Englisch, zum Teil zweite Fremdsprache) und 6 bzw. 7 (zweite Fremdsprache) muss ohne Einschränkungen in Qualität und Quantität erhalten bleiben und in der gesamten Primarstufe verbessert werden.

4. Gleichzeitig müssen Risikoschülerinnen und -schüler besser gefördert werden. Aus diesem Grund fordern wir Konzepte zur Chancengleichheit, insbesondere die Einrichtung von Förderkursen, entsprechende Unterrichtskonzepte, aber auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zur Förderung der Elternmitarbeit.

Die Qualität der schulischen Bildung muss auf allen Ebenen verbessert werden.

¹erhoben sind hier ausschließlich staatliche Schulen

INITIATIVEN

Für besseren Schwimmunterricht

Antrag der SPD-Fraktion: Mehr Kinder sollen schwimmen lernen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat ein Konzept für einen besseren Schwimmunterricht in Hamburgs Schulen vorgelegt. Mit ihrem Zehn-Punkte-Programm will die SPD-Fraktion unter anderem sicherstellen, dass bis zum Beginn des Schuljahres 2010 alle Hamburger Schulkinder am Ende der 6. Klasse und bis zum Schuljahr 2010 rund 90 Prozent der Hamburger Grundschul Kinder am Ende der vierten Klasse schwimmen können, mindestens jedoch alle Grundschul Kinder das "Seepferdchen" erreicht haben. Weiter mehr Schülerinnen und Schüler das Jugendschwimmabzeichen in Gold erhalten. Gemeinsam mit der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) soll ein Konzept entwickelt werden, damit mehr Kinder das Rettungsschwimmer-Abzeichen machen.

Hamburgs DLRG-Vizepräsident Heiko Mählmann: "Wir müssen zusehen, dass unsere Kinder am Wasser sicherer werden". Die Eltern müssten weiter dafür sensibilisiert werden, dass das Spielen am Wasser eine der größten Gefahren für Kinder ist. "Die Aufklärung über Gefahren am Wasser muss so erfolgen wie etwa die Aufklärung über Gefahren im Straßenverkehr", so Mählmann weiter. Nach Zahlen der DLRG seien im vergangenen Jahr 15 Menschen bei Badeunfällen in Hamburg ums Leben gekommen. 2006 seien es 17 gewesen, 2005 noch neun. Der Schulexperte der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Ties Rabe, sagte, es habe dem Senat in der Vergangenheit beim Thema Schulschwimmen schlicht an Problembewusstsein gefehlt. "Jetzt ist die Gelegenheit, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren", sagte Rabe.

Das 10 Punkte Programm finden Sie im Internet unter www.spd-fraktion-hamburg.de/themen/bildung.html

Das Thema wurde zur Anhörung in den Schulausschuss überwiesen.



Erschreckende Schulabgangsbilanz

Die soziale Spaltung zeigt sich gerade bei der Bildung

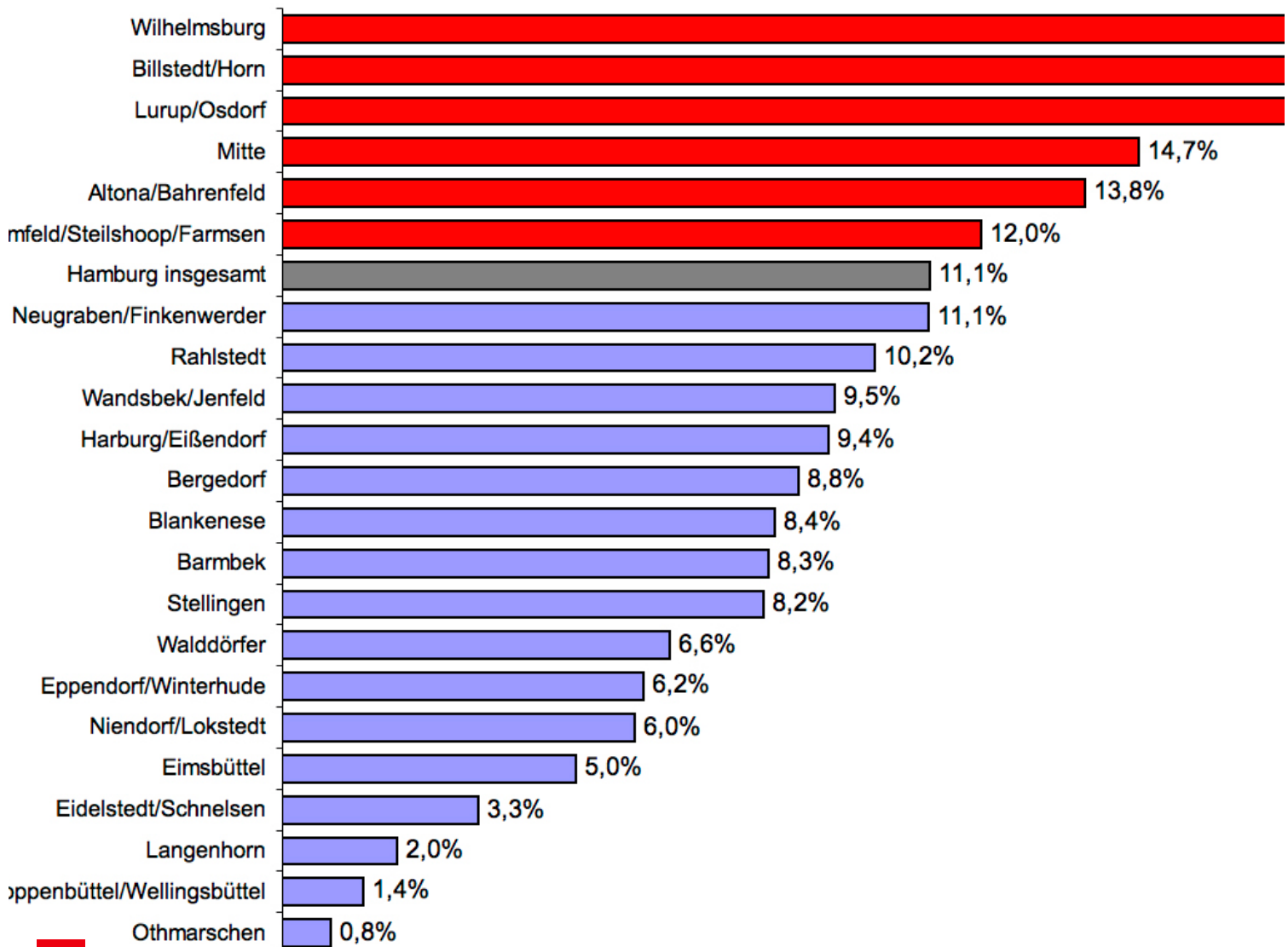
Deutschlandweit verlassen mehr als 75.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Das entspricht einer Quote von etwa 8%. Überdurchschnittlich schlecht schneiden die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hamburg (11,09%) ab.

Die SPD-Fraktion fordert seit längerem die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher als 1. Schritt ganz nach oben auf die politische Tagesordnung in Hamburg zu setzen.

Inzwischen hat es sich auch die Kultusministerkonferenz (KMK) für die nächsten Jahre zum vorrangigen Ziel im Bildungsbereich gesetzt, die Ausbildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Im ersten Schritt soll die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss in den nächsten fünf Jahren halbiert werden.

In einer Kleinen Anfrage an den Senat hat der schulpolitische Sprecher der SPD Bürgerschaftsfraktion die Zahl und Qualität der Abschlüsse für alle Hamburger Schulen erfragt (siehe Tabellen "Anteil Schulabgänger ohne

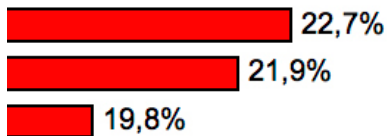
Anteil Schulabgänger ohne Abschluss
(an staatlichen Schulen nach Schulregionen in % der Schulabgänger)



Abschluss" und "Übersicht über die Abschlüsse nach Schulregionen"). Hier zeigen sich die großen Unterschiede in Hamburgs Stadtteilen.

Schlusslicht der Statistik ist die Schulregion Wilhelmsburg. Von 565 Schulabgängern schafften 128 keinen Abschluss, das sind 22,65 Prozent. Kaum besser da steht die Schulregion Billstedt/Horn: Von 790 Schulabgängern schafften 173 keinen Abschluss, das sind 21,9 Prozent. Ebenfalls auf den letzten drei Plätzen liegt die Region Lurup/Osdorf: Von 440 Schulabgängern schafften 87 keinen Abschluss, das sind 19,77 Prozent.

Dagegen liegen Schulregionen aus anderen Stadtteilen an der Spitze - zum Teil in unmittelbarer Nachbarschaft zu den so genannten Bildungsverlierern. In der Schulregion Othmarschen schafften von 367 Schulabgängern nur 3 keinen Schulabschluss, das ist ein Traumwert von 0,82% Schulabbrechern. Dicht auf liegt die Schulregion Poppenbüttel / Wellingsbüttel: Von 583 Schulabgängern schafften nur acht keinen Abschluss, das sind 1,37%.



Diese Tatsache zeigt, dass nur wenig für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen getan wird. Mit Blick auf die weiterhin hohe Zahl der Schülerinnen und Schüler, die ihre Schullaufbahn ohne Abschluss beenden, ist eine intensivere Einbindung der Schulen in die Schulpolitik gefordert. In den anstehenden Schulentwicklungskonferenzen müssen die Beteiligten auch über die Sen-

kung der Schulabbrecher-Quote in ihrer Region beraten. Hier gilt es, auf die Einschätzung der Schulen zu hören. Rabe: "Wir erkennen an den Schulregionen die Schwäche unseres Schulsystems: Kinder aus sozial schwächeren Familien werden nicht angemessen gefördert. Diese Daten geben uns die Chance, klare Zielvorgaben zu definieren. Wir wollen und müssen Jahr für Jahr die Zahl und Qualität der Schulabschlüsse verbessern."

Zudem bräuchten wir klare Ziel- und Leistungsvereinbarungen für jede Schule. Öffentlichkeit und Parlament bräuchten verlässliche Daten, um Schulpolitik überprüfen und optimieren zu können. Zurzeit basiere die Hamburger Schulpolitik in wichtigen Bereichen mehr auf Gefühl und Glaube als auf Fakten und Zahlen.

Gleichzeitig sollte man nicht versuchen, die veröffentlichten Daten für ein Schulranking oder Schulformdebatten zu nutzen. Aussagen über Leistungsfähigkeit und Qualität einer Schule sind nur möglich, wenn die Unterschiedlichkeit der Schüler bei der Bewertung berücksichtigt wird. Diese Komponente fehlt allerdings bislang. Die jetzt vorliegenden Zahlen lassen Rückschlüsse auf die Qualität von Schulen oder Schulformen deshalb nicht zu. Es ist aber wünschenswert, insgesamt mehr Transparenz über die Leistungen und die Entwicklungen einzelner Schulen herzustellen.

NEWS

Die Ergebnisse des Bildungsgipfels vom 22.10.2008 in Dresden in Kürze:

Bund und Länder wollen die Mittel für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 Prozent (3% Forschung, 7%Bildung) des Bruttonettoproduktivs aufstocken. Lt. OECD lag die Zahl 2005 bei 5,1%. Unklar ist, wer welchen Anteil der jährlichen Mehrausgaben trägt.

Die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher (derzeit 8 bzw. 17%) soll bis 2015 halbiert werden.

Bis 2010 sollen einheitliche Standards für Abiturprüfungen festgelegt werden.

Der zunächst bis 2012 befristete Hochschul-pakt wird bis 2020 verlängert. Bis 2015 sollen zusätzlich 275.000 Plätze an Unis und Hochschulen geschaffen und bezahlt werden. 30 Prozent eines Jahrgangs sollen sich künftig an den Unis einschreiben. Bis wann und wie dieses Ziel erreicht werden soll, blieb offen.

Die Sprachförderung vor der Einschulung soll ausgebaut werden.

Nicht einigen konnten sich die beiden Koalitionspartner auf ein kostenloses Mittagessen für Kinder von Arbeitslosen.

Stimmen zum Bildungsgipfel lesen Sie auf Seite 7.



Tabelle 2: Übersicht über die Abschlüsse nach Schulregionen

	ohne Abschluss	mit Hauptschulabschluss	mit Realschulabschluss	schul. Teil d. Fachhochschulreife	mit Abitur
	in%	in%	in%	in%	in%
Mitte	14,68%	21,63%	24,80%	3,37%	35,52%
Billstedt/Horn	21,90%	36,71%	27,97%	0,25%	13,16%
Wilhelmsburg	22,65%	39,29%	21,95%	1,24%	14,87%
Altona/Bahrenfeld	13,76%	25,39%	31,77%	2,13%	26,96%
Lurup/Osdorf	19,77%	35,45%	31,82%	0,23%	12,73%
Blankenese	8,43%	13,75%	23,73%	2,22%	51,88%
Othmarschen	0,82%	1,09%	22,62%	1,09%	74,39%
Eimsbüttel	5,03%	10,43%	14,71%	1,86%	67,97%
Stellingen	8,25%	23,71%	31,27%	1,03%	35,74%
Niendorf/Lokstedt	6,02%	21,20%	20,48%	0,00%	52,29%
Eidelstedt/Schnelsen	3,35%	22,25%	28,23%	2,63%	43,54%
Eppendorf/Winterhude	6,19%	19,68%	28,57%	12,06%	33,49%
Barmbek	8,32%	17,04%	31,70%	3,30%	39,63%
Langenhorn	1,95%	20,98%	25,53%	17,07%	34,47%
Wandsbek/Jenfeld	9,46%	28,78%	28,65%	1,08%	32,03%
Bramfeld/Steilshoop/Farmsen	11,97%	20,52%	27,87%	1,71%	37,93%
Poppenbüttel/Wellingsbüttel	1,37%	15,27%	25,39%	1,54%	56,43%
Walddörfer	6,63%	11,11%	29,02%	1,33%	51,91%
Rahlstedt	10,16%	27,69%	32,87%	0,80%	28,49%
Bergedorf	8,83%	23,51%	32,27%	2,04%	33,36%
Harburg/Eißendorf	9,36%	22,71%	30,25%	1,36%	36,33%
Neugraben/Finkenwerder	11,08%	28,96%	36,39%	0,95%	22,63%
Hamburg	9,94%	22,72%	28,31%	2,71%	36,33%

"Langformschulen nicht zerschlagen!"

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat einen Antrag gegen die Zerschlagung der Langformschulen in die Bürgerschaft eingebracht.

In den so genannten 64 Langformschulen werden Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse oder sogar bis zur 13. Klasse durchgehend unterrichtet. Darunter befinden sich viele vorbildliche und sogar preisgekrönte Schulen, beispielsweise die Max-Brauer-Gesamtschule oder die Albert-Schweitzer-Schule. Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) will die Langformschulen in zwei verschiedene einzelne Schulen zerteilen: In Primarschulen (Klasse 1-6) und in weiterführende Schulen.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat einen Antrag in die Bürgerschaftssitzung vom November eingebracht, mit dem die Fraktion den 64 Hamburger „Langformschulen“ eine neue Perspektive geben will. Der schulpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ties Rabe begründet die Initiative der SPD: "Wir wollen die gute Arbeit dieser Schulen bewahren und die komplizierte Hamburger Schullandschaft nicht noch weiter zersplittern. Die bestehenden Langformschulen sollen die Möglichkeit bekommen, als einheitliche Schule ihre Arbeit fortsetzen zu können. In unserem Antrag fordern wir eine entsprechende Änderung der Vorgaben für die

regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Die Schulreform soll Schulen verbessern und nicht gute Schule zerschlagen."

Rabe begründet die Initiative der SPD für die Langformschulen mit dem Hinweis auf gemeinsames Lernen und dem Ziel, die verschiedenen Schulformen in Hamburg zusammenzuführen: "An diesen Schulen findet Lernen häufig genau so statt, wie wir es uns für das gesamte Hamburger Schulsystem wünschen. Es ist unsinnig, nur um ein Prinzip einzuhalten, diese funktionierenden Schulen zu zerschlagen." Rabe, der in den letzten Wochen zahlreiche Schulen besucht hat, erklärte, dass die Sorge in diesen Schulen sehr groß sei: "Durch eine Trennung in zwei unterschiedliche Schulen werden sich die Schulen auseinander entwickeln. In Zukunft besteht die Gefahr, dass unterschiedliche Schulleiter, unterschiedliche Elternvertretungen und unterschiedliche Lehrerkonferenzen die Trennung und Entfremdung der beiden Schulen vorantreiben können. Tatsächlich waren sich aber bisher alle Parteien darüber einig, dass Hamburgs Schullandschaft zusammengeführt und nicht weiter zersplittert werden soll."

Rabe kritisierte in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen von CDU und Schulbehörde, nach denen die Probleme der Langformschulen auf den Regionalen Schulentwicklungskonferenzen gelöst werden könnten. Rabe: „Mit diesen Hinweisen werden die Beteiligten getäuscht und die Verantwortung der Schulbehörde verschleiert. Die Schulbehörde hat klipp und klar vorgegeben, dass alle Primarschulen selbstständig werden sollen. Die Konferenzen müssen sich nach diesen Vorgaben richten. Die Schulbehörde ist am Zug und muss endlich ihre unsinnige Vorgabe ändern.“

Schulsekretariate: SPD-Fraktion fordert Transparenz statt Geheimniskrämerei

Gutachten über Belastung der Schulsekretariate muss auf den Tisch

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Schulbehörde aufgefordert, ein bislang unter Verschluss gehaltenes Gutachten zur Arbeitsbelastung in den Hamburger Schulsekretariaten zu veröffentlichen. Die Behörde hatte das Gutachten im Jahr 2007 als Reaktion auf die sich verschärfende Situation in den Sekretariaten in Auftrag gegeben. Seit April 2008 liegt das Gutachten der Schulbehörde vor. "Die Betroffenen haben ein Recht zu erfahren, was drin steht. Und sie haben einen Anspruch darauf, dass die Behörde aus dem Gutachten die nötigen Konsequenzen zieht - auch, um einen reibungslosen Betrieb in den Schulen zu garantieren", sagte SPD-Bildungsexperte Ties Rabe.

Nach Informationen der SPD-Fraktion zeigt das Gutachten die Arbeitsbelastung der Sekretariate ohne Beschönigungen. Wegen der erheblichen Mehrbelastung prognostizierten die Gutachter einen Mehrbedarf von 101,8 Stellen. Das entspräche einem jährlichen Finanzierungsbedarf von rund 3,8 Millionen Euro. Rabe: „Das Gutachten zeigt,

STANDPUNKTE

Zum Bildungsgipfel vom 22.10.2008 in Dresden:

Stapelfeldt macht CDU-interne Differenzen für Scheitern verantwortlich

Aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion hat der Dresdener Bildungsgipfel die Erwartungen nicht erfüllen können. „Die CDU-Bildungsministerin und die CDU-Ministerpräsidenten sind sich nicht einig und das blockiert die nötigen Schritte in Richtung eines besseren Bildungssystems in Deutschland“, sagte SPD-Fraktionsvize Dorothee Stapelfeldt. Zudem habe der Bildungsgipfel offensichtlich „fundamentale Unterschiede in der Bildungspolitik von CDU und SPD“ offengelegt. Das beziehe sich insbesondere auf die von der CDU zurückgewiesene Forderung nach einem kostenfreien Bildungsangebot von der Kita bis zur Hochschule. „Es ist traurig – aber dass der Unterschied zwischen CDU- und SPD-Bildungspolitik so deutlich geworden ist, mag das positivste Ergebnis des Gipfels sein“, sagte die SPD-Hochschulpolitikerin.

Stapelfeldt sagte, vor dem Hintergrund der bislang unter Verschluss gehaltenen Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS), müsse insbesondere über Studiengebühren in Deutschland diskutiert werden. Es sei ein Fehler, dass auch unter Schwarz-Grün in Hamburg an Studiengebühren festgehalten werde. Die SPD-Politikerin forderte, die HIS-Studie müsse veröffentlicht werden. "Die Erhebung dokumentiert, dass Studiengebühren von der Aufnahme eines Hochschulstudiums abschrecken", sagte Stapelfeldt. Leidtragende seien insbesondere Frauen und Menschen aus „bildungsfernen Schichten“. Die jetzt empirisch nachgewiesene Entwicklung könne sich auch Hamburg nicht leisten – „weil eine ungleiche Verteilung der Bildungschancen ungerecht ist, weil der bereits spürbare Fachkräftemangel weiter verschärft wird und weil Hamburg Talente verloren gehen“, sagte Stapelfeldt.

Die Pressemitteilung in Gänze lesen Sie unter:

<http://www.spd-fraktion-hamburg.de/aktuelles/presseerklarungen.html>



dass Hamburgs Schulsekretariate täglich 100 Prozent Leistung bringen müssen, aber nur für 80 Prozent Personal haben.“

Die Mehrbelastungen ergäben sich vor allem aus den zahlreichen neuen organisatorischen Aufgaben der Sekretariate. Dazu zählten - so Rabe - "vor allem die Eintreibung des Büchergeldes, die oft mit hohem Rechercheaufwand verbunden ist und die Personalverwaltung der Schulen - unter anderem die Vor- und Nachbereitung von Personal- und Bewerbungsgesprächen sowie das Führen des Zentralen Schülerregisters". Zusätzliche Ganztagschulen würden das Arbeitsvolumen ebenfalls erheblich erhöhen. Die Schulsekretariate bemängelten aber auch "ständig neue Reformen, immer wieder veränderte Verfahren und schlecht abgestimmte EDV-Programme".

Ties Rabe: „Ein gutes Sekretariat ist eines der wichtigsten Bausteine für eine erfolgreiche Schule. Schulsekretärinnen sind für Schüler, Eltern und Lehrer ein wichtiger Ansprechpartner. Kaum ein anderes Berufsfeld stellt so komplexe Anforderungen. Die Arbeit reicht vom Tränen trocknen und Schrammen verpfastern bis hin zur Büroföhrung mit komplizierten EDV-Programmen in der selbstverantwortlichen Schule.“

Deshalb empfehle das Gutachten auch, die Stellenbeschreibung erheblich zu verändern. Einen Entwurf für eine Stellenbeschreibung hätten die Mitglieder der Projektgruppe dem Gutachten beigefügt. "In diesem Zusammenhang würde indirekt auch eine höhere Eingruppierung notwendig - zumindest bei den Büroleitungen", sagte Rabe.

"Nach unseren Informationen ergibt sich aus dem Gutachten und seinen Empfehlungen insgesamt ein Finanzierungsbedarf von über vier Millionen Euro. Auch das mag ein Grund für die Geheimniskrämerei der Schulbehörde sein", sagte der SPD-Schulexperte.

Mehr zum Thema Schule lesen Sie unter
www.spd-fraktion-hamburg.de/themen.html
Oder abonnieren Sie unseren Newsletter Bildung unter
<http://www.spd-fraktion-hamburg.de/service.html>

ANSPRECHPARTNER

Bei Fragen und Anregungen oder dem Wunsch nach einem Gespräch zum Thema Schule können Sie sich jederzeit an die Ansprechpartner der SPD-Fraktion oder Ihren Abgeordneten vor Ort wenden.



TIES RABE

Schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion
Am Pool 41, 21029 Hamburg
Tel.: 724 72 90, Fax: 726 983 41
E-Mail: ties.rabe@spd-fraktion-hamburg.de



NICOLE SCHUBACK

Wissenschaftliche Referentin für Schule der SPD-Fraktion
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 56, Fax: 428 31 24 35
E-Mail: nicole.schuback@spd-fraktion-hamburg.de